

Zürich, 31. Mai 2023

Manifestation in Zürich und Lausanne gegen barbarische Todesstrafen im Iran am Samstag, 3. Juni.

Mullah-Regime auf Rachefeldzug – hunderte friedliche Menschen am Galgen hingerichtet

Die Islamische Republik hat seit Anfang Jahr mindestens 300 Menschen hingerichtet. Am Samstag, 3. Juni 2023, finden in Zürich und Lausanne Proteste gegen die massive Hinrichtungswelle im Iran statt. Die Schweiz ist aufgefordert, klar Stellung zu beziehen und diese schreiende Ungerechtigkeit öffentlich zu verurteilen. Darüber hinaus ist die Schweizer Regierung aufgerufen, die Verantwortlichen endlich mit wirksamen Sanktionen zu belegen.

Aktuell wird im Iran alle sechs Stunden ein Mensch vom Islamischen Regime umgebracht. In der Regel werden diese Menschen in barbarischer Weise am Galgen aufgehängt. Seit Anfang Jahr wurden offiziell bereits 300 Menschen hingerichtet, die Dunkelziffer dürfte weit höher sein.

Zusätzlich zu den bereits Hingerichteten, wurden allein aus den Reihen der «Frau, Leben, Freiheit»-Bewegung 160 Menschen zum Tode verurteilt oder erwartet die Todesstrafe. Meist werden die Regimekritiker wegen «Korruption auf Erden» oder «Krieg gegen Gott» angeklagt, beide Tatbestände gelten in der Islamischen Republik als Kapitalverbrechen und können mit dem Tod bestraft werden. Da der Revolutionsführer Ali Khamenei gemäss Staatsdoktrin als «Vertreter Gottes auf Erden» gilt, wird Kritik an ihm und Protest gegen das Islamische Regime als «Krieg gegen Gott» gewertet und rigoros verfolgt.

Die Vorwände für die Hinrichtungen sind allerdings vielfältig. Als Gründe für die Todesurteile werden oft auch Drogendelikte oder Mord herangezogen. Insbesondere Menschen, die der Volksgruppe der Belutschen angehören, werden des Drogenhandels bezichtigt. Gleichzeitig finden in Zahedan, der Hauptstadt der Provinz Sistan und Belutschistan an der Grenze zu Pakistan, seit September 2022, dem Ausbruch der «Frau, Leben, Freiheit»-Bewegung, jede Woche nach dem Freitagsgebet grosse Demonstrationen gegen das Regime statt. Es ist offensichtlich, dass die Hinrichtungen eine Reaktion des Mullah-Regimes auf den anhaltenden Protest sind.

Durch die Verbreitung von Terror und Angst versucht das Islamische Regime, die Menschen davon abzuhalten, weiterhin für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen. Nach einer ersten intensiven Phase mit täglichen Massendemonstrationen haben sich die Proteste verlagert. Zum Repertoire der Protestierenden gehören auch ziviler Ungehorsam (ohne Kopftuch in die Öffentlichkeit, Graffiti, nächtliche Rufe aus den Fenstern) und Streiks der Lehrerschaft, der Rentner*innen und in der Erdöl- und Gasindustrie, die dem Staat massiv schaden.

Widersprüchliche Politik des UN-Menschenrechtsrats

Im November 2022 hat der UN-Menschenrechtsrat unter viel internationalem Applaus entschieden, eine unabhängige Aufklärungsmission in den Iran zu schicken, um die Menschenrechtsverstösse zu untersuchen, die seit September 2022 täglich vom Islamischen Regime als Antwort auf die revolutionäre Bewegung begangen werden. Die Aufklärungsmission berichtet an der 53. Session des UN-Menschenrechtsrats im Juni/Juli 2023 mündlich über ihre Erkenntnisse. Im Frühling 2024 wird der Abschlussbericht vorgelegt.

Während dem die Aufklärungsmission die Menschenrechtsverstösse, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern, untersucht, hat der UN-Menschenrechtsrat am 15. Mai entschieden, der Islamischen Republik den Vorsitz des Sozialforums vom 3. und 4. November 2024 zu übertragen. Das Thema des diesjährigen Sozialforums ist der Beitrag von Wissenschaft, Technologie und Innovation zur Förderung von Menschenrechten. Die Tatsache allein, dass die Islamische Republik den Vorsitz des Sozialforums übernimmt, ist schon genug empörend. Just eine Woche vor dem Entscheid wurden am 8. Mai Yusuf Mehrdad und Sadrollah Faseri Sare unter dem Vorwand der Blasphemie gehängt. Sie sollen in Chatgruppen «gotteslästerliche Beleidigungen gegen den Islam und den Propheten» verbreitet haben.

Die widersprüchliche Politik gegenüber der Islamischen Republik stärkt diese. Jede Interaktion mit dem Mullah-Regime auf Augenhöhe untergräbt die friedliche Demokratiebewegung. Wie z.B. der erfolgreiche Gefangenen austausch zwischen Belgien und der Islamischen Republik von letzter Woche, wo der verurteilte Terrorist, Assadollah Assadi gegen Olivier Vandecasteele, einem Entwicklungshelfer, getauscht wurde.

Und die Schweiz?

Das Schweizer Aussendepartement und die Schweizer Botschaft im Iran haben die Hinrichtungen auf Twitter verurteilt. Tweets allein reichen jedoch bei weitem nicht als Reaktion auf die menschenverachtende Politik der Islamischen Republik.

Die Schweiz ist aufgefordert, endlich zu handeln und die Verantwortlichen für die Gräueltaten mit wirksamen Sanktionen zu belegen:

- Gelder der Angehörigen des Mullah-Regimes auf Schweizer Bankkonten sperren
- Die Revolutionsgarde auf die Terrorliste setzen
- EU-Sanktionen gegen die Islamische Republik nachvollziehen

Am Samstag, 3. Juni finden in Zürich und Lausanne aus oben genannten Gründen Proteste statt:

Zürich: Demonstration

Beginn: 13:30 Uhr, Europaplatz

Abschlusskundgebung: ca. 15:00, Rathausbrücke

Organisiert von Free Iran Switzerland

Lausanne: Kundgebung

Place du Port, Ouchy

16:30 -19:00 Uhr

Organisiert von Iranischstämmigen Studierenden und Akademiker:innen

Unterstützt von Free Iran Switzerland

Frau – Leben – Freiheit

Free Iran Switzerland ist eine offene Plattform, auf der alle demokratisch gesinnten Menschen in der Schweiz willkommen sind, die das iranische Volk in seinem Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit unterstützen möchten. Die Plattform schafft einen Ort für Austausch und setzt sich zum Ziel, dass die Schweizer Politik ihre Guten Dienste für einen freien, säkularen und demokratischen Iran einsetzt.

Twitter: <https://twitter.com/Freeiran.ch>

Instagram: <https://www.instagram.com/freeiran.ch>

Webseite: <https://freeiran.ch>